

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1872

25.1.1872 (No. 21)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 25. Januar.

N. 21.

Vorauszahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1872.

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung werden fortwährend bei der Expedition sowohl als bei sämtlichen Postanstalten angenommen.

Telegramme.

† Berlin, 23. Jan. Durch eine vom 22. Jan. datirte Kabinettsordre an das Staatsministerium ist der Geheime Ober-Justizrath Dr. Falk zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten ernannt. Fürst Bismarck hat bereits den beiden Häusern des Landtags Abschrift der Kabinettsordre zugehen lassen.

† Berlin, 23. Jan. In der auf den 19. Febr. berufenen Generalversammlung der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft wird auch Beschluß gefaßt über die Nachsuchung einer Konzession für die Herstellung einer Eisenbahn von einem Punkt der Stammbahn direkt nach Frankfurt a. M. nebst einer Zweigbahn nach Magdeburg.

† Wiesbaden, 23. Jan. Die Generalversammlung der Taunus-Bahn genehmigte einstimmig den Fusionsvertrag mit der Ludwigs-Bahn.

† Madrid, 22. Jan. Das neue Ministerium hat dem Kongreß sein Programm vorgelegt. Das Ministerium erlitt durch ein gegen den Präsidenten der Kammer ausgesprochenes Adelsvotum eine Niederlage, indem es dabei nur 122 gegen 170 Stimmen erhielt. Der Präsident des Ministerraths hat dem König über die Angelegenheit Bericht erstattet.

† London, 23. Jan. Die Anmeldungen zur Weltausstellung waren so zahlreich, daß die Subskription bereits geschlossen worden ist. Es fanden schon lebhaft Umsätze bei 18 bis 20 Proz. Prämie statt.

† Athen, 22. Jan. Die Königin ist heute von einem Prinzen entbunden worden.

† New-York, 23. Jan. Das Repräsentantenhaus verwarf eine die Verfassung ändernde Resolution betreffend die Wählbarkeit naturalisirter nordamerikanischer Bürger zum Präsidentenposten.

Deutschland.

Karlsruhe, 24. Jan. Se. Königl. Hoheit der Großherzog hat an dem heutigen Empfangstage von Vormittags zehn Uhr bis Nachmittags halb drei Uhr Audienzen erteilt. Von Militärpersonen wurden empfangen: der Oberst a. D. Freiherr von Böcklin, der Oberstleutnant von der Goltz vom Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14, der Rittmeister Winkler vom 2. Pommerschen Lanen-Regiment Nr. 9, der Oberstleutnant a. D. Wachs sowie der Premier-Lieutenant Wachs vom 2. Badischen Dragoner-Regiment. Außerdem waren viele Zivilpersonen erschienen, darunter Deputationen der Amtsbezirke Radolfzell und Ballwün.

Kolmar, 21. Jan. (M.) Nach zuverlässigen Mittheilungen ist das Reichskanzleramt mit dem Entwurf der kaiserl. Verordnung beschäftigt, welche in Gemäßheit des § 18 des Gesetzes vom 14. Juli v. J. die Entschädigung der veräußerten Stellen in Elsaß-Lothringen reguliren soll. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß diese Verordnung bald erscheint.

München, 23. Jan. Der königl. bayerische Gesandte in Rom, Graf v. Tauffkirchen, ist hier angekommen und hat im „Bayerischen Hof“ Wohnung bezogen. — Die bisherigen bayerischen Konsulate zu Paris, Havre und Marseille wurden auf Grund des Art. 56 der deutschen Reichsverfassung aufgehoben.

München, 23. Jan. Sitzung der Abgeordneten-Kammer vom 23. Jan.

Die Kammer beschäftigte sich heute mit den Beschwerden des Bischofs von Augsburg und verschiedener Einwohner von Meiring und den Filialorten, wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte. Die Majorität der Kommission findet dieselben begründet, die Minorität unbegründet. Abg. Haus referirt zunächst über das Majoritätsgutachten. Er erzählt die bekannten Vorfälle, erläutert seine Anschauung über die unbedingte Rechtsgiltigkeit der Beschlüsse und Erklärungen des letzten römischen Konzils und hebt dann vorab hervor, daß in formeller Beziehung alle Voraussetzungen gegeben seien, welche die Verfassungsurkunde Tit. VII § 21 und die Geschäftsordnung der Kammer verlangen. Er motivirt dies in ausführlicher Weise und geht sodann auf die Bestimmungen des Konkordats ein, welche die Einmischung der Staatsgewalt in die äußeren Rechtsverhältnisse in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften eines Staates regelt, betont, daß dem Staate kein Recht zu einem Eingriff in die inneren Glaubenssätze der Kirche zustehe, der vorliegende Fall aber lediglich in das Gebiet des Glaubens und der kirchlichen Disziplin falle und deshalb der dem Papste zustehenden gewöhnlichen Schutz gegen die Aeren Bestimmungen des Konkordats verfolge. In Anbetracht dieser Umstände beantragt der V. Ausschuß, die Beschwerde des Bischofs von Augsburg zu begründet zu erachten und an Se. Maj. den König

die Bitte zu richten, den vorliegenden Beschwerden Abhilfe verschaffen zu wollen.

Es erhält nunmehr der Referent der Ausschuß-Minorität, Abg. Dr. Böcklin das Wort. Er richtet an die Kammer die Bitte, bei der Debatte sich nur immer gegenwärtig zu halten, daß wir hier eine politische Korporation und kein Konzil repräsentiren. Behalten wir nur bei den Verhandlungen den Rechtsstandpunkt fest. Mag immerhin ein Theil von Ihnen (nach der rechten Seite wendend) in einem gewissen Verhältnis zu den Beschwerdeführern stehen, das darf Sie doch aber nicht hindern, vorurtheilsfrei ihr Urtheil abzugeben. Von gegnerischer Seite wird gesagt, man wolle in Bayern wohl Zwang auf den Glauben der Staatsangehörigen ausüben: ich glaube hier wohl ohne irgend Jemanden zu nahe zu treten, auszusprechen zu dürfen, daß es Niemanden einfallen wird, einen Menschen zu einem bestimmten Glauben zu zwingen, ihm einen solchen gleichsam aufzuzwingen zu wollen; — Glauben ist eine Gnade Gottes, die sich nicht anbestellen läßt. Was nun den hier vorliegenden Fall anlangt, so soll der weltliche Arm zu einer Handlung berechtigt werden, welche gegen das Gesetz selbst gerichtet ist. Das Dogma, welches unstreitig das königl. Placet bedarf — Redner motivirt sehr eingehend die Nothwendigkeit für das Dogma der Unfehlbarkeit, das Placet vorher einzuholen — ist ohne das dies geschehen publizirt worden, und weil ein Geistlicher gegen die bezügliche Anordnung der das Gesetz in diesem Falle überschreitenden kirchlichen Behörde handelt, wird die Hilfe des Staats in Anspruch genommen gegen diesen der kirchlichen Vorchrift nicht nachzukommenden gewissen Geistlichen! Ich will, fährt Redner fort, mich enthalten, weiter auf diese Materie einzugehen; wenn es aber wahr wäre, wie die bischöfliche Beschwerde behauptet, daß die Regierung dadurch, daß sie dem dem bischöflichen Befehlen nicht nachkommenden Geistlichen beistehet, eine Gesetzesverletzung begangen, so habe die Regierung hiermit ein Stück aus dem bayr. Gesetze herausgerissen, was nimmermehr der Fall sei. Er beantragt Abweisung der Beschwerden.

Es wird nunmehr in die Debatte selbst eingegangen und erhält zuerst das Wort Dr. Berg, welcher voraussetzt, daß er weder von der deutschen Nationalkirche, noch all diesen und ähnlichen Sachen sprechen, sondern vorerst die Antwort des Kultusministers auf die Herzöge-Interpellation vom 14. Okt. v. J. betrachten wolle und mit dem Abg. Dr. Böcklin vollständig übereinstimme, daß wir hier ein Urtheil fällen sollen. Wollen wir etwa hoffen, daß das Ministerium seine Gesinnung ändere? Nein! Nachdem der ursprüngliche „Ursacher“ der Wirren, der abgetretene Minister Fürst Hohenlohe, diese Wirren einmal hervorgerufen, können wir auf der rechten Seite nur noch bedauern, daß wir treue Unterthanen des Königs von Bayern uns von diesem Ministerium so lange, ich möchte sagen, haben dupiren lassen. (Bravo rechts.) Die Staatsregierung ist unstreitig von der Ansicht ausgegangen, daß das Placet für das Dogma unter allen Umständen zu verweigern sei. Was weiter die Verfassungsverletzung durch das Dogma anlangt, so habe er zu seinem Erschrecken eine bezügliche Aeußerung des Kultusministers in den Ausschußprotokollen gelesen. Warum hat denn die Kammer nie etwas davon gemerkt, da doch seit dem Oktober 1855 zu verschiedenen Malen derartige Angelegenheiten dem Forum der Kammer zur Entscheidung vorgelegt haben? Erschüren denn über die Rechtsanschauungen verschiedene Standpunkt ein Bayern? Oder sollen vielleicht die bekannten Konzilsbriefe der „Allg. Ztg.“ den Standpunkt der Regierung in dieser Angelegenheit und der Kirche gegenüber bezeichnen? Was weiter das Dogma und den bezüglichen Standpunkt der Regierung anlangt, so hat der Kultusminister dies sehr beutlich in seiner Antwort ausgesprochen: „das Dogma vom 18. Juli 1870 ist absolut und an und für sich staatsgefährlich!“ Und mo hat der Kultusminister die Beweise für die Staatsgefährlichkeit der Unfehlbarkeit her? Von den entscheidendsten und erbittertesten Gegnern dieser Lehre, und von diesem Standpunkte hat er seine Entscheidung getroffen und bedeutende Erfolge errungen, selbstverständlich nur bei denen, die die Angelegenheit nicht näher prüfen konnten und wollten. (Bravo rechts!) Redner geht nun näher auf die Beantwortung der Herzöge-Interpellation vom 14. Okt. ein und unterzieht dieselbe einer eingehenden Kritik. Er beruft sich namentlich auf eine Aeußerung des Kardinals Bellarmin, die er dem Citat des Kultusministers aus den Schriften dieses Mannes entgegenstellt, um zu beweisen, daß durch das Dogma vom Juli 1870 nichts verändert worden sei, jetzt vielmehr die Lage der Dinge noch genau auf demselben Punkte sich befinde, wie zur Zeit Bellarmin's.

Nachdem Redner noch seinen Abscheu über das „abscheuliche“ Schlagwort „Papstgott“ Ausdruck gegeben, geht er auf die 21 Lügen (wie Abg. Dr. Böcklin seiner Zeit in der bayerischen Kammer gesagt) ein und sucht eine bezügliche Aeußerung des Kultusministers zu widerlegen. Nicht wie derselbe gesagt, dem Sinne nach habe er das Schema de ecclesia christi beurtheilt, sondern nur einige Sätze herausgerissen und diesen dann einen ganz anderen Sinn unterbreitet, als dieselben thatsächlich besäßen. Zu seiner Ehre nehme er an, daß der Minister das Schema nicht selbst gelesen (!), da er sonst nicht derartige Behauptungen hätte aufstellen können, wie, die Kirche strebe nach der schrankenlosen Herrschaft über den Staat u. s. w. Ein solches Auftreten des Hrn. Ministers sei hinsichtlich seiner Stellung nicht schicklich! In den letzten Jahren seien verschiedene deutsche Fürsten ihrer Throne verlustig gegangen, sie seien ihrer Macht verlustig gegangen und aus dem Lande gejagt worden, auch Bayerns Thron scheint ihm um einige Stufen niedriger gesunken zu sein. Sind daran die Katholiken schuld? (Abwehrende Rufe rechts.) Weiter meine Herren; das Ministerium nimmt jetzt anläßlich der Kirchenfrage eine unerklärliche Stellung ein, alle Welt disputirt jetzt religiöse Fragen, und ich darf wohl mit Recht behaupten, „der Fuchs des National-Liberalismus ist jetzt in die Ritze getrocknet und auf's Predigen ausgegangen.“ (Gelächter auf beiden

Seiten.) So wie das Verhältnis bezüglich der religiösen Frage heute innerhalb der leitenden Kreise steht, ist nur anzunehmen, daß das sich vielfach mit theologischen Studien jetzt beschäftigende Ministerium theologische Rathgeber an der Seite habe; wer dieselben sein dürften, wolle er hier nicht weiter erwähnen, könne jedoch nicht umhin, eine die Stellung der Regierung klar ausdrückende Aeußerung des Abg. Dr. Böcklin zu erwähnen: daß der Staat schwerlich zwei katholische Religionen neben einander ent- und bestehen lassen werde. Der Minister ist nun aber in der Interpellations-Beantwortung vom 14. Okt. v. J. noch weiter gegangen, als Hr. v. Döllinger beabsichtigte, indem er ohne Zweifel im Einverständnis mit dem ihm zur Seite stehenden „Geheimen Rath“ erklärte, daß, nachdem das Dogma einmal als Glaubenssatz in der katholischen Kirche eingeführt, dieselbe nur mehr als „Sekte“ zu betrachten sei. Redner schließt mit den Worten: „Eine Einigung ist nicht mehr zu erzielen; wir dürfen ihnen, unsern Gegnern, nicht die Hände zur Versöhnung reichen, denn diese Hände sind nicht rein, sie sind nicht mehr unbesleht, nachdem dieselben sich einmal bereits kompromittirt haben, wir dürfen uns mit einem Wort mit diesen Herren nicht mehr einigen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Seypp: Betrachten wir doch die obshwebende Streitfrage näher und denken wir, der Erzbater Abraham sei der Papst, der Bischof sei Jaak, der dem Herrn ein Opfer darbringen will, und wer ist nun der Erzengel, der Jaak seine Opfer zerstört? Ich fühle mich versucht, als diesen Se. Excell. den Hrn. Minister v. Lutz zu bezeichnen. (Anhaltendes Gelächter.) Wer immer den Wind gefaßt hat, der Sturm ist da, der Hauptsturm wird aber noch nachkommen; vielfach ist nach den fortwährenden Hezereien der Presse auf beiden Seiten der Familienfriede gestört, und dafür bietet man heute einem Sturm im Glase Wasser! (Gelächter.) Man bietet uns heute die Rolle des hl. Florian, nachdem man den Brand hereingeschleppt hat; man bietet uns den gefährlichsten Kirchenstreit unter der ungefährliehen Sithouette eines Meinger Kirchenstreites! Um was handelt denn der ganze Streit sich eigentlich? Man sagt, um eine Katechismus-Frage. Nun ist aber hier in Bayern das Buch des Canisius eingeführt, des Canisius, welcher gleichsam als der zweite Apostel Bayerns gelten darf, und dieser lehrt, daß der Papst allein nicht unfehlbar sei. Dieser Katechismus wurde nun vor einiger Zeit als ungenügend erkannt und an dessen Stelle ein anderer eingeführt, welcher das Dogma offenbar lehrt. Was soll man dazu sagen? Redner schildert nun seine Bekanntschaft mit der „Kompanie Jesu“. (Widerpruch rechts.) Redner: Die Gesellschaft nennt sich selbst so, also habe auch ich das Recht dazu, und meint: „ich, meine Herren, stehe ganz gut mit den Jesuiten (Gelächter) und bedauere nur, daß dieselben so wenig deutsch sind!“ Redner geht sodann in eine Schilderung des Konzils ein und kommt zu der Ansicht: mit einem Wort — das ganze allgemeine Konzil in seiner hier bezüglichen Abstimmung ist eine göttliche Ironie und heißt nichts Anderes, als dem hl. Geist die Arbeit erleichtern! (Gelächter.) Der Minister hätte, als die Bischöfe vom Konzil zurückkamen, an jeden derselben einen Abgesandten schicken sollen behufs Einholung einer Erklärung des Dogma's. Es würde die Zusammenstellung dieser Antworten eine wahre Muskatarte werden. Dem ganzen Dogma zufolge scheint ihm der Papst mehr zu sein, als selbst Christus, da Christus selbst gesagt hat: „Niemand gibt Zeugnis von sich selbst.“ (Unruhe.) Wen haben die Herren eigentlich hinter sich? Die Universitäten, höheren Schulen und Anstalten, den wohlhabenden Bürgerstand u. s. w. D nein! allenfalls steht noch ein Theil des Landvolks hinter ihnen, weil es eben nicht genügend unterrichtet ist. (Gelächter.) Doch wozu können derartige Auseinandersetzungen überhaupt nur führen? Ich bin überzeugt, daß ein großer Theil unserer Bischöfe nicht daran denkt, Das zu glauben, was ihnen zu glauben geboten wird! (Rufi, rechts.) Redner: Ich werde es beweisen. Ein hoher Mitrasträger hat erklärt: „Ich habe in Rom zur Opposition gehört, und wenn ich heute wieder nach Rom komme, so gehöre ich auch wiederum zu dieser Partei.“ (Unruhe.) Redner (nach der rechten Seite gewendet): Glauben Sie, meine Herren, denn daran? (Rufe: Ja, ja! Unruhe. Gelächter links.)

Präsident: Ich bitte den Redner, nicht derartige Fragestellungen vorzunehmen.

Dr. Seypp fortfahrend: Anders sehe es mit dem Episkopat und könnte er nur wünschen, daß es Jedem so klar sei, wie ihm selbst, was das Sprichwort besage: „Frisch Vogel, oder stirb!“... Sehen Sie nicht, daß jetzt der Papst sich die allgemeine Herrschaft anmaßt? Ist das noch nicht deutlich genug? Täglich hört man jetzt von Häresie sprechen. Was ist nun leichter, ein Buch über die bekannte Lehre oder aber über die Blatternkrankheit der Häresie innerhalb der Kirche zu schreiben (Gelächter) und in demselben die herrschenden Mißstände selbst zu geißeln? Die Frage ist nicht schwer zu beantworten. Wer ist denn eigentlich ein Häretiker? Darunter wird man allgemein hauptsächlich den Anhänger der deutschen Wissenschaft zu verstehen haben. Und warum dieser Zustand? Darauf gibt es nur die eine Antwort: die deutsche Wissenschaft wird von den Römern geschmäht lebhaftig beschuldigt, weil sie dieselbe nicht verstehen. Redner geht nunmehr zu den jüngst erfolgten Erkommunikationen über und verurtheilt dieselben mit Befürchtung zahlreicher geschichtlicher Erörterungen aufs entschiedenste.

Redner erkannt in den ganzen kirchengeschichtlichen Vorgängen der Jetztzeit etwas Providentielles, und glaubt sich keiner Täuschung hinzugeben in der Annahme, daß eben so siegreich wie die deutschen Waffen aus dem jüngsten Kriege hervorgingen, auch die deutsche Wissenschaft der römischen Hierarchie gegenüber sein werde. (Bravo links.) Von der durch das bekannte Dogma im 19. Jahrhundert hervorgeführten Kirchenspaltung und ihrem eigentlichen Urheber, dem jetzigen Papste, werde man aber nicht nur allein sagen: „il grande devastatore della chiesa“. (Bravo links, Unruhe rechts.) Was

und untergeordnete Klerus zu einem gemäßigten Verhalten gegenüber der Regierung oder gegen die sog. Ultrakatholiken veranlaßt oder die Geistlichen, resp. wir, irgendwie aufgefordert wurden, in amtlichen Schriftstücken oder in Kanzelreden das Gebiet der Politik nicht zu betreten, oder gegen die Beschlüsse des Landes und Reiches nicht aufzutreten. Wir müssen deshalb auch das von einer oder der andern Zeitung publicirte „Schriftstück“ über den Inhalt einer solchen päpstlichen Instruktion als eine falsche Urkunde erklären.

Zeitingen (Amis Breisch), 22. Jan. Da gegenwärtig an der Rheinlinie bei uns auf und abwärts die Punkte zur Ueberbrückung des Stromes bleibend bestimmt werden sollen, finden wir es an der Zeit, die Aufmerksamkeit auf einen für unsere Umgegend höchwichtigen Punkt, auf den Sponed am Rhein, zu lenken. Seit dem letzten Kriege sind durch den Gebietszuwachs des Landes an das Deutsche Reich die Verkehrsverhältnisse zwischen uns und den schiffbaren, zugleich aber auch fernern Orten zu dieser Linie in hohem Maße verändert worden. Wir wollen hier nicht die vielen nur eines einzigen Artikels, des Weines vom 1871er Herbst, erwähnen. Davon sind hier bis jetzt schon über 300 Odm und in der Nachbargemeinde Birkheim für Utsch aufgeführt worden mit der Bestimmung der Ueberfahrt am Sponed mittelst der stehenden Fähre, die jedoch bei dem verhältnißmäßig schon lange andauernden niederen Wasserstande nicht stattfinden konnte. Deshalb mußten die Fährden über drei Stunden weitem Weg über Altbreisach nehmen, was zur nächsten Folge hatte, daß den Verkäufern die Kosten durch geringere Preise verlorben. Sponed liegt mitten auf der Ueberfahrtslinie der Weinorte Amoltern, Königshausen, Reichelsberg, Leisheim, Birkheim, Birkheim und Zeitingen; selbst Edelingen, Oberbergen und Rothweil nehmen den Weg zum Rhein leichter nach Sponed als Breisch. Darum sind diese Orte entschieden für eine Brücke am Sponed.

Wie mit dem Wein, so ist es nicht minder mit andern Bodenerzeugnissen, welche mit Lastfuhrten fortgebracht werden müssen, und ebenso mit dem Vieh. Die stehende Fähre, mit der wir bedacht worden sind, kann bei dem öftern niederen Wasserstande des Rheines und gewöhnlich nach dem Herbst zur Zeit des regern Abflusses von Wein und andern schwereren Verkaufsartikeln ihrem Zwecke nach Bedürfnis nicht entsprechen, indem sie zuweilen und nicht selten wochen, ja monatelang, wie gerade jetzt, brach liegen muß. Daß aber auch andere Verkaufsgegenstände dem Rhein am Sponed massenhaft verfrachtet, beweisen die vom vorigen Großh. Hauptollmann Breisch von dem Grenzaußen nach demselben eingehenden Aufzeichnungen der Aus- und Einfuhr. Wir zweifeln nicht, daß diese wahrheitsgetreue Darstellung geeigneten Orts verdiente Würdigung finden werde.

In Birkheim ist der Landtags-Abgeordnete J. Greiber zum Bürgermeister der Stadtgemeinde Birkheim gewählt und hat die Wahl angenommen.

Billingen, 22. Jan. Die Zeitungsnachricht, daß das Reichskriegsministerium in unserem Lande eine großartige Anstalt für Pferde- und einrichteten gedente und das Großh. Handelsministerium als dem geeigneten Platz Billingen bezeichnet habe, wo große, unfruchtbare Plätze im billigen Preis verpachtet werden könnten, veranlaßt den hier erscheinenden „Schwarzwälder“ zu folgenden Bemerkungen: „An dieser Nachricht ist das Eine wahr, das Andere nicht. Richtig ist, daß wir schon vor dem Kriege, so auch jetzt die Regierung wegen einer Fläche von 1500—2000 Morgen für denannten Zweck hier hat anfragen lassen; doch unrichtig ist — und beruht dieser Theil der Nachricht entweder auf Unkenntnis oder fälschlich auf Verwechslung des falschen Ausdrucks — daß nämlich hier große, unfruchtbare, Flächen zur Verfügung wären. Die Bemerkung Billingen ist allerdings sehr ausgedehnt, denn ihr Durchmesser wird, den Wald nicht gerechnet, nach fast allen Richtungen wohl zwei Begleitenden messen. Doch gerade hieraus wird einleuchtend, warum die hiesige Bevölkerung, die zwar gegen 6000 Seelen beträgt, doch überwiegend industriell ist, und überdies näher bei der Stadt, Acker- und Viehwirtschaft über Bedürfnis hat, die Flächen gegen die Verpachtung abzubauen liegen lassen, abgesehen davon, daß die Regierung zur Anlage einer Pferde- und zum Anbau des zur Unterhaltung einiger Hundert Pferde nöthigen Futters selbst nicht um billige Preise große unfruchtbare Flächen pachten würde! Nein — unfruchtbare Flächen hat man hier, die Landstrassen und einige Steinbrüche ausgenommen, geradezu keine. Dagegen ungebaut liegen bis vor wenig Jahren allerdings mehrere tausend Morgen, die größtentheils einst die Bemerkungen von drei, in Kriegszeiten vom Boden verschwundenen Dörfern gebildet hatten, mehrere Jahrhunderte als Weideweide gebient haben mögen, und nun, seit einigen Jahren unter verschiedene Bauarbeitsgesellschaften vertheilt, theils wieder zu Acker und Viehwirtschaft sind, theils noch ungebaut liegen. Das von Großh. Regierung für bezeichneten Zweck in Aussicht genommene Stück Feld liegt in jeder Beziehung günstig. Es ist hügelig, es bietet gutes Wasser, und liegt in seiner ganzen Ausdehnung am Walde her, so daß die Thiere auch noch den Schatten aufsuchen können — wess es hier, in diesem gräßlichen, entsetzlichen Klima im Sommer doch auch warm wird.“

Aus dem Amtsbezirk Ueberlingen, 21. Jan. Die Eroberung der Provinzen Elsaß und Lothringen durch das Deutsche Reich hat bei vielen Rebauern der Gegend die Befürchtung wach, es könnte durch die Konkurrenz mit den Elsaßer Weinen der Preis der Elweine bedeutend herabgedrückt und dadurch der größere Theil hiesiger Reborte stark geschädigt werden. Die Befürchtung hat sich nicht bestätigt, vielmehr fand der 1871er Wein, der nur mittlerer Qualität war, durch Großhändler einen solchen Absatz, daß nur noch in größerem Maße Vorrath angetroffen wird.

Die Preise sind fortwährend im Steigen begriffen, und besonders Weine von den Jahrgängen 1868 und 1870 sehr gesucht. In der Rentants-Kellerei S. L. M., wo noch Vorräthe von 1868er Lagern, sind Weine mit 20 bis 30 fl. — pro Hektoliter —, rothe begeben mit 30 bis 40 fl. im Verkauf. Die zunächst durch die Domänenverwaltung Merzburg und das Rentamt Salem eingeführte rationellere Pflege des Rebstocks, das spätere Lesen der Trauben, wie auch ein sorgfältiges Sortiren derselben und eine aufmerksame Behandlung während der Gährung haben dem Seewein ein größeres Marktgebiet gesichert und es steht zu erwarten, daß, sobald dem Bezirke bessere Verkehrswege (Eisenbahnen) zur Verfügung stehen, sich das Absatzgebiet noch entsprechend erweitern und der Preis der Weine eher steigen als sinken wird. Der Rebstock hat durch die strenge Kälte in geringeren Lagen zwar gelitten, jedoch nicht in der Weise, daß bedeutender Schaden zu erwarten fände.

Vermischte Nachrichten.

München, 23. Jan. Abermals hat Einer der wenigen noch lebenden Veteranen der Freiheitskriege das Zeitliche geegnet. Der preussische Husaren-Rittmeister a. D. Franz v. Esholz ist in der vergangenen Nacht in dem hohen Alter von 81 Jahren dahier gestorben. Derselbe war früher längere Zeit der diplomatische Vertreter der sächsischen Herzogthümer am hiesigen k. Hofe und als dramatischer Schriftsteller auch in weiteren Kreisen bekannt.

In Regensburg kündigen eine Anzahl „katholischer Männer“, darunter der Reichstags-Abgeordnete Graf Walderdorff, Febr. v. Reichlin-Weldegg, A. Schell, an, daß sie sich an die Kreisregierung mit dem Ansuchen gewendet haben, in der Regensburger Diöcese eine „Kreuzersammlung“ veranstalten zu dürfen, um für ihren Bischof die über ihn verhängte Strafe und die Kosten des Prozesses zu decken!

Die „Köln. Volksztg.“ theilt die dem Kollektivschreiben der preussischen Bischöfe an Sr. Maj. den Kaiser und König vom 7. Sept. v. J. beigefügte Denkschrift über die katholischen Anschauungen und Grundsätze in Betreff der päpstlichen Unfehlbarkeit und das Schreiben mit, durch welches der Erzbischof von Köln im Einverständnis mit den anderen Bischöfen die bekannte Erwidernng des Hrn. Kultusministers vom 25. Nov. v. J. beantwortet. Es mag genügen, zu bemerken, daß die „Denkschrift“ den Nachweis zu führen versucht, jeder Katholik müsse, um Katholik zu bleiben, dem Dogma von der Unfehlbarkeit sich gläubig unterwerfen, und mithin hätte die Staatsregierung die sich nicht unterwerfenden Lehrer der katholischen Religion von ihren Aemtern entsetzen müssen. Die „Erwidernng“ des Erzbischofs von Köln steht auf demselben Standpunkte, bezieht sich aber auf die Staatsregierung selbst, das von dem Hrn. Kultusminister in Anspruch genommene Recht, über die logische Begründung des Dogmas urtheilen zu dürfen, und sucht auszuführen, der vom Kultusminister angenommenen logische Widerlegung in der „Denkschrift“ sei thatsächlich nicht vorhanden.

Nach den auf Grund der letzten Volkszählungs-Listen nunmehr beendigten Zusammenstellungen hatte die Stadt Königsberg i. Pr. am Zählungstage 53,322 männliche und 58,801 weibliche Einwohner, zusammen also 112,123, incl. 4334 dem Militär angehörige Personen.

Der am 22. Jan. gestorbene Dichter Franz Grillparzer war am 15. Jan. 1791, der Sohn eines angesehenen Advokaten, in Wien geboren, trat 1813 in den Staatsdienst, ward 1833 Archidirektor der Hofkammer und 1836 mit dem Hofrathstitel pensionirt. Nur selten verließ er seine Vaterstadt; im Jahre 1818 machte er einen Ausflug nach Gallein, 1819 nach Italien, 1843 nach Griechenland. Sein erstes Drama, „Die Ahnfrau“, geschrieben 1816, ward 1817 aufgeführt, 1818 folgte „Scypho“, in den Jahren 1819—21 die Trilogie „Das goldene Vließ“, 1825: „König Ottolar's Glück und Ende“, 1828: „Ein treuer Diener seines Herrn“, 1830: „Des Meeres und der Liebe Wellen“, 1834: „Der Traum ein Leben“, 1835: „Melusine“ (Opernart, komponirt von Konradin Kreuzer); 1835: „Weh Dem, der lügt“. Seitdem hat er, über die Aufnahme des letzteren Stückes erörtert, nichts mehr veröffentlicht. Es kamen wohl noch die Erzählungen „Das Kloster von Sanquini“ (1837) und „Der alte Spielmann“ (1848) in Druck, dramatische Werke aber waren ihm nicht mehr zu entreißen, wenigstens keine vollendeten. Das wunderbare Fragment „Ester“, voll Beiseit und dichterischer Schönheit, und die Scene „Hannibal und Scivo“ waren Alles, was die Bühne seit 1835 von ihm erhielt.

Das obere Plais, 22. Jan., Nachm. 2 Uhr 15 Min. Das hiesige Rathaus brennt seit drei Stunden und wird wahrscheinlich ganz zu Grunde gehen. Das Feuer begann im obersten Stockwerk.

Nachricht.

Berlin, 23. Jan. Der Kaiser und König empfing gestern Vormittag den Oberbefehlshaber der in Frankreich stehenden Okkupationsarmee, General der Kavallerie Frhrn. v. Mantauffel, welcher sich nunmehr wieder auf seinen Posten nach Nancy begibt. Die Nachrichten über das Befinden Sr. Majestät lauten heute günstlich.

Wie bereits in Aussicht gestellt, ist die Ernennung des Geh. Ober-Justizraths Falk zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten noch gestern vollzogen worden. (S. auch o. Tel.) Der Ministerpräsident Fürst v. Bismarck hat gleich nach der gestrigen Mittag abgehaltenen Conferenz-Erklärung des Kaiser und Königs den Entwurf der bezüglichen Kabinettsordre vorgelegt. Bald darauf ist auch die Unterzeichnung derselben erfolgt. Gestern Nachmittag hatte Fürst Bismarck eine längere Besprechung mit dem nunmehrigen Minister Dr. Falk. Letzterer besuchte heute Vormittag die Amtsräume seines neuen Departements, um mit einigen Räten über die Fortführung der Geschäfte Rücksprache zu nehmen. Die förmliche Vorstellung aller Räte und Bureaubeamten des Ministeriums findet morgen statt.

Berlin, 23. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ enthält an der Spitze ihres heutigen Blattes Folgendes:

Zur Erinnerung an die am 18. Januar 1871 erfolgte Annahme der Kaiserwürde sind wir aus vielen Orten inner- und außerhalb des Reiches von Seiten deutscher Patrioten telegraphische und schriftliche Glückwünsche zugegangen. Ich habe diese wohlthuenden Beweise von Liebe und Anhänglichkeit mit freudigem Herzen entgegengenommen und fühle mich gedrungen, für dieselben, allen Theilnehmenden meinen freundlichsten Dank zu erkennen zu geben. Ich veranlasse Sie, dies alsbald zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Berlin, den 20. Januar 1872. — Wilhelm.

München, 24. Jan. Abgeordnetenkammer. Nuland sprach für den Majoritätsantrag und gegen die Haltung des Kultusministeriums; Kraußfeld für den Minoritätsantrag; Hermann gegen die Hereinziehung theologischer Fragen in die Verhandlungen der Kammer als einer politischen Korporation und für den Minoritätsantrag. Grabner vertheidigt das Unfehlbarkeits-Dogma und stimmt für den Majoritätsantrag. Morgen Fortsetzung der Debatten.

Wien, 24. Jan. Die heutige „Wien. Ztg.“ veröffent-

licht folgende diplomatische Ernennungen: Graf Paar zum Gesandten in Kopenhagen, Baron Walterskirchen zum Gesandten in Schweden, Ritter Hammerle zum Gesandten in Haag, Baron Sonnleitner zum Gesandten in Brasilien, Baron Dottenburg für Griechenland, Gesandter Pfisterer Schmidt in Karlsruhe in gleicher Eigenschaft auch in Württemberg und Hessen mit dem Sitz in Stuttgart; Baron Frankenstein, Gesandter in Dresden und bei Großherzogth. und Herzogth. Sächsischen Häusern ernannt.

CH. Paris, 23. Jan. Die Frage des Handelsvertrages mit England beschäftigt lebhaft die parlamentarischen Kreise. Man versichert, daß der Finanzminister auf der Nothwendigkeit, sie zu kündigen, bestehen wird, während Hr. Thiers sich enthalten wird, an der Diskussion theilzunehmen. — Alle parlamentarischen Klubs haben sich in diesen Tagen mit der Frage beschäftigt, welche Schritte zu thun wären im Falle der Wiederholung einer ähnlichen Regierungskrisis. Es kam nirgendwo zu einer formellen Entscheidung, aber es herrschte die Meinung vor, daß der einzig mögliche Nachfolger des Hrn. Thiers Hr. Grévy sei. — Die Frage der Rückkehr der Nationalversammlung nach Paris wird in maßgebenden Kreisen als aufgegeben betrachtet.

Frankfurter Kurszettel vom 24. Januar.

Staatspapiere.	
Deutschland 5% Bundesoblig. 100%	Österreich 4% Papierrente 54%
5% Schatzscheine 100%	Russ 4 1/2% 54%
Preußen 4 1/2% Obligation 102%	Kursen 4% Obl. i. Fes. à 23 fr. 90
Baden 5% Obligationen 103%	Burg 4% Obl. i. Fes. à 105 fr. 99
4 1/2% 99%	Stausland 5% Obl. v. 1870
4 1/2% 89%	—
3 1/2% Obl. v. 1842 89%	5% Obl. v. 1871 87 1/2%
Bayern 5% Obligationen 100%	Belgien 4 1/2% Obligation 101 1/2%
4 1/2% 100%	Schweden 4 1/2% Obl. i. Fes. 86 1/2%
4 1/2% 95 1/2%	Schweiz 4 1/2% Obl. i. Fes. 100
Württemberg 5% Obligation 103 1/2%	4 1/2% Dem. Staatsobl. 89 1/2%
4 1/2% 99%	R. Mexita 6% Bonds 1862
Nassau 4 1/2% Obligationen 99%	6% Obl. v. 1865 96 1/2%
4 1/2% 99%	6% Obl. v. 1865 96%
Sachsen 5% Obl. 103 1/2%	5% Obl. v. 1904r
S. Elsaß 5% 101 1/2%	5% Obl. v. 1864 95 1/2%
Hr. Hessen 5% Obligation 102 1/2%	3% Spanische 32
4 1/2% 97 1/2%	6% franz. Rente 87 1/2%
Österreich 5% Silberrente 63 1/2%	—
Russ 4 1/2% 63 1/2%	—

Aktien und Prioritäten.	
Bahische Bank 122 1/2%	Hess. Ludwigsb. Pr. i. Fes. 103
Frankf. Bank à 500 fl. 99%	140% 5% Präm. Weib. Pr. i. Fes. 83 1/2%
Bankverein à 100 fl. 100%	40% 5% Präm. B. Pr. i. Fes. 83 1/2%
430% 99%	430% 5% Präm. B. Pr. i. Fes. 82 1/2%
Berliner Bank à 100 124 1/2%	5% Präm. B. Pr. i. Fes. 91 1/2%
488 1/2%	(Hannover - Nord)
Darmstädter Bank 88 1/2%	89%
Decker. Credit-Aktien 355 1/2%	89%
Stuttgarter Bank-Aktien 113 1/2%	89%
4 1/2% bayr. Obl. à 200 fl. 150%	89%
4 1/2% bair. Mar. 500 fl. 147 1/2%	89%
4 1/2% bair. Mar. 500 fl. 138 1/2%	89%
4 1/2% bair. Mar. 500 fl. 190 1/2%	89%
3 1/2% Oberb. Eisenb. 350 fl. 83 1/2%	89%
5% bair. Staatsb. Pr. 419 1/2%	89%
5% bair. Staatsb. Pr. 219 1/2%	89%
5% Nordwest. A. i. Pr. 227 1/2%	89%
5% Ostb. Eisenb. 200 fl. 219 1/2%	89%
5% Ostb. Eisenb. 200 fl. 272 1/2%	89%
5% Ostb. Eisenb. 200 fl. 172 1/2%	89%
5% Ostb. Eisenb. 200 fl. 270 1/2%	89%
5% Ostb. Eisenb. 200 fl. 187 1/2%	89%

Anleihenloose und Prämienanleihen.	
Bayr. 4% Prämien-Anl. 116 1/2%	Decker. 4% Präm. B. Pr. i. Fes. 1864 85%
Bahische 4% Präm. 115 1/2%	5% 500 fl. v. 1860 84
35 fl. Loose 70 1/2%	10% 500 fl. v. 1864 153
Braunsch. 20 fl. Loose 71 1/2%	10% 500 fl. v. 1864 12
Größ. Preuss. 50 fl. Loose 183 1/2%	10% 500 fl. v. 1864 9 1/2%
25 fl. 53 1/2%	Reininger fl. 7. 8 1/2%
Ansbach-Gumbach-Anl. Loose 117 1/2%	—

Wechselkurse, Gold und Silber.	
Amsterdam 100 fl. 3/4 f. S. 99%	Preuss. Friedrichsd'or fl. 9.58—59
Berlin 60 fl. 4/4 f. S. 105	100 fl. 8.40—42
Bremen 50 fl. 3/4 f. S. 95 1/2%	Holländ. 10 fl. S. 9.53—55
Hamburg 100 M. 3/4 f. S. 87 1/2%	Ducaten 5.33—35
London 10 fl. S. 3/4 f. S. 117 1/2%	20-francs-Stück 9.18—19
Paris 200 fr. 6/4 f. S. 92 1/2%	Engl. Sovereigns 11.45—47
Wien 100 fl. 6/4 f. S. 101 1/2%	Österr. Imperial 9.40—42
Disconto 4%	Dollars in Gold 2.24 1/2—25 1/2
Stimmung: fest.	—

Paris, 23. Jan. Anleihe 91.30, Staatsbahn 915, 3% Rente 56.47, Lombard 490, Italiener 67.95.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Fern. Krause.

Großherzogliches Hoftheater.

Veränderung der Abonnementsnummern.

Donnerstag 25. Jan. 1. Quartal. 12. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal wiederholt: Die böse Stiefmutter, Familienbild in 1 Akt von G. J. Büttlich. Neueinstudirt: Die beiden Klingenberg, Lustspiel in 4 Akten, von A. v. Kokebue. Anfang 6 Uhr.

Freitag 26. Jan. 1. Quartal. 11. Abonnementsvorstellung. Vorlegte Gastdarstellung der Fräul. Stehle, Marie, die Tochter des Regiments, komische Oper in 2 Akten, von Donizetti, „Marie“ — Fräul. Stehle. Anfang 7 Uhr.

Sonntag 28. Jan. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Letzte Gastdarstellung der Fräulein Stehle. Der Antheil des Teufels, komische Oper in 3 Akten, von Auber. „Carlo Broschi“ — Fräulein Stehle. Anfang 7 1/2 Uhr.

